



Niederschrift

37. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.03.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	anwesend ab TOP 4 (18:15 Uhr)
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE. PDS	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Bluhm, Regina	SPD	
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE. PDS	
Herr Nowak, Benedikt	BürgerBündnis/FDP	anwesend ab TOP 5 (18:25 Uhr)
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	

Nicht anwesend sind:

Frau Blume, Marie	SPD	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Frau Basekow, Angela	SPD	entschuldigt
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 20.02.2007

- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Erhalt von 1,5 Stellen für das Projekt Regionalbudget
Vorlage: 07/SVV/0091
Fraktion CDU
- 4 Institutionalisierte Förderung für das Sozialwerk Potsdam e.V. und andere soziale Träger
Vorlage: 07/SVV/0130
Fraktion SPD
- 5 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)
Vorlage: 07/SVV/0141
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 6 Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II und SGB XII
Vorlage: 07/SVV/0153
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz.
Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.
Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Geywitz teilt mit, dass zum TOP 4 ein Änderungsantrag durch den Antragsteller ausgereicht wurde. Der Antragsteller wird die Drucksache in der heutigen Sitzung einbringen und zur Diskussion in der nächsten Sitzung vertagen.

Frau Schulze bittet, zum Antrag eine Ergänzung einbringen zu können, um diese in die Diskussion einfließen lassen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 20.02.2007

Frau Geywitz verweist auf die noch offenen Fragen zur Zahl der Klageverfahren aus der letzten Sitzung hin.
Die PAGA teilt mit, dass im Jahr 2006 wurden 503 Klagen erhoben. Über 134 Verfahren ist zwischenzeitlich gerichtlich entschieden worden, so dass noch 369 Klagen rechtshängig sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Geywitz informiert, dass es aufgrund der Umstellung auf Doppik in der Verwaltung mehrere Probleme mit Überweisungen u.a. an freie Träger gab. Ihr gegenüber hat die Verwaltung erklärt, dass in diesen Fällen derzeit manuelle Buchungen durchgeführt werden.

zu 3 Erhalt von 1,5 Stellen für das Projekt Regionalbudget Vorlage: 07/SVV/0091

Frau Paulsen bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Frau Schulze fragt nach den Auswirkungen der Verringerung der Zahl der Stellen im Regionalbudget für die hinter den Stellen steckenden Personen.

Frau E. Müller erklärt, dass die Mitarbeiter, die in diesen Förderprogrammen beschäftigt sind, befristet eingestellt wurden. Die Befristung der 1,5 Stellen läuft aus. Künftig können dann nur noch 2,5 Stellen weitergeführt werden.

Die beiden festen Stellen werden davon nicht berührt. Ab Sommer kann dann nur noch mit insgesamt 4,5 Stellen gearbeitet werden.

Frau E. Müller betont, dass aus dem Geschäftsbereich 3 keine Kompensierung möglich ist, da bis 2010 ca. 30 Stellen abgebaut werden müssen, aber auch aufgrund der vielen pflichtigen Leistungen im Geschäftsbereich.

Frau Schulze bittet die CDU-Fraktion, den Antrag so lange zurückzustellen, bis die Vorstellung des Konzeptes zum Regionalbudget im Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfolgt ist.

Frau Paulsen stellt die Vorlage bis zur April-Sitzung des Ausschusses zurück.

zu 4 Institutionalisierte Förderung für das Sozialwerk Potsdam e.V. und andere soziale Träger Vorlage: 07/SVV/0130

Frau Geywitz bringt folgenden **geänderten Antrag** ein und begründet diesen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Basis der Richtlinien zur Förderung von sozial- und gesundheitsfürsorgenden Angeboten einen Vorschlag für die institutionalisierte Aufteilung der kommunalen Mittel zur Förderung von Trägern von sozialen und gesundheitlichen Angeboten vorzulegen. Dieser Vorschlag ist mit dem Sozialausschuss und der „Kleinen Liga“ abzustimmen.

Sie weist auf die entsprechende Förderrichtlinie hin, die als Diskussionsgrundlage allen Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll ausgereicht werden sollte.

Frau Schulze fragt nach einer Terminbindung für den Antrag und schlägt für die Vorlage des Ergebnisses die StVV nach der Sommerpause vor.

zu 5 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)**
Vorlage: 07/SVV/0141

Herr Wolfram gibt anhand von Folien Erläuterungen zum Hintergrund sowie zum Inhalt des INSEK. Er weist darauf hin, dass die Aktualisierung und Fortschreibung hier sehr wichtig ist.

Auch die Anbindung der Öffentlichkeit ist von großer Bedeutung.

Er informiert über das Fach- und Bürgerforum zum INSEK vom 06.03.2007. Die Zusammenfassung liegt allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Frau Geywitz weist auf die wachstumsorientierte Wohnungsmarktstrategie (S. 97) hin.

Frau Kirchner fragt, welche Ziele für Frauen verfolgt und welche Effekte für Frauen erwartet werden.

Herr Wolfram erklärt, dass dies weder eine konkrete Projektbeschreibung noch ein Fördermittelantrag ist. Im INSEK werden weder Frauen noch Männer benachteiligt.

Frau Geywitz fragt, wie konkret die Überlegung zu Wohnungsmarktbeobachtung sind.

Herr Böttche erklärt, dass dies kein neues Thema für die Landeshauptstadt ist. Hier gibt es bereits anfängliche Ergebnisse, die aber weiter qualifiziert werden müssen. Eine kleinräumige Betrachtung der Landeshauptstadt Potsdam wird noch erfolgen.

Herr Krause empfiehlt, die Protokolle der Veranstaltung von Mitte der 90 Jahre zu diesem Thema zu suchen und darauf aufzubauen.

Frau Dr. Müller weist auf die mögliche Außenwirkung der Überschrift zum Punkt F 5 hin und macht deutlich, dass es nicht nur viele Zuzüge gibt, sondern auch viele Menschen in Potsdam leben, deren Wohnsituation sich im Laufe der Zeit verändern kann. Es wird tatsächlich hier vieles getan.

Frau Paulsen geht davon aus, dass die Aussagen aus der Zusammenfassung vom Fach- und Bürgerforum in das INSEK einfließen.

Herr van Leeuwen fragt, ob es bei der Erarbeitung des INSEK andere Träger/Interessenvertreter einbezogen wurden oder dies eine Ideensammlung der Stadtverwaltung ist.

Herr Wolfram erklärt, dass mit den Wohnungsunternehmen Gespräche geführt wurden. Er weist darauf hin, dass das vorgelegte Konzept ein Handlungsrahmen ist.

Zum Thema Wohnungsmarkt ist die Situation aus seiner Sicht z.B. in der Schlüsselmaßnahme ziemlich deutlich dargestellt.

Frau E. Müller weist auf den Beschlusstext hin. Das INSEK soll die Grundlage für weiteres Verwaltungshandeln sein und jährlich überprüft und aktualisiert werden.

Herr Krause macht deutlich, dass viel weiter als bis 2013 gedacht werden muss.

Herr Jutzi weist darauf hin, dass im Konzept über Schule, Kita und Krankenhaus gesprochen wurde. Die alten Menschen sind hier ausgegrenzt.

Herr Näder findet wichtig, dass Rahmenlinien herausgegeben werden. Es ist aber nicht möglich, auf alle Wohnungsunternehmen einzuwirken.

Frau E. Müller weist nochmals darauf hin, dass es sich hier um ein Rahmenkonzept handelt.

Sie weist auch auf die bereits laufenden Gespräche mit dem Arbeitskreis Stadtspreisen hin, die sich auch mit diesem Thema befassen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) wird Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns. Das Konzept wird jährlich überprüft und aktualisiert, dabei wird die Öffentlichkeit an der Fortschreibung beteiligt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 6 Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II und SGB XII
Vorlage: 07/SVV/0153**

Herr Ernst bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese.

Frau Schulze weist darauf hin, dass Betroffene nicht immer die Kosten der Unterkunft erhalten, die sie für notwendig erachten. Sie fragt, wie hoch die Zahl derjenigen ist, die dann aus ihren Regelleistungen bezuschussen müssen. Des Weiteren fragt sie, ob bei erforderlichem Umzug auch die Umzugskosten betrachtet werden.

Herr Ernst zitiert Punkt 3.6 der Arbeitsanweisung zu Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II und SGB XII: „Vor einer Umzugsentscheidung ist in jedem Fall eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen.“

Herr Böttche ergänzt, dass unangemessene Betriebskosten dazu führen können, dass ein Umzug erforderlich ist. Es sind in jedem Fall Einzelfallentscheidungen. Hier erfolgt eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und PAGA. Eine Kürzung der Leistungen erfolgt immer dann, wenn ein Umzug möglich ist, aber nicht erfolgt.

Frau E. Müller ergänzt, dass alle Bedingungen, die durch die Arbeitsanweisung gegeben werden können, gesetzt wurden.

Herr Krause fragt, ob es Möglichkeiten gibt, die Mieter von unangemessen hohen und unbegründeten Betriebskostenabrechnungen oder Wohnungsmieten zu

schützen.

Herr Böttche erklärt, dass ein Mietverhältnis ein zivilrechtliches Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter ist. Bei unangemessen hohen Betriebskosten erfolgt immer eine genaue Prüfung und Beratung.

Frau Schulze fragt, bis wann dem Ausschuss die getrennten Arbeitsanweisungen für SGB II und SGB XII vorgestellt werden.

Frau E. Müller erklärt, dass hier eine reine redaktionelle Änderung erfolgt. Inhaltlich wird es keine Änderungen geben.

Herr Ernst ergänzt, dass sich an den Prüfkriterien nichts ändert.

Frau Müller sichert zu, die Arbeitsanweisungen vorzustellen, sobald diese vorliegen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Frau E. Müller informiert, dass vom 18. bis 25. April 2007 im Filmmuseum Potsdam im Rahmen des LOLA-Festivals jeweils um 14:00 Uhr Aufführungen stattfinden, die sich besonders an ältere Menschen richten.

Frau Grasnick weist darauf hin, dass am Sonntag, dem 25. März 2007, 17 Uhr im Alten Rathaus ein Abend der Begegnung zwischen Juden, Muslime, Christen ... im Rahmen der Finissage der Ausstellung „Dialoge eröffnen - Religionen begegnen sich“ stattfindet.

Frau Paulsen spricht die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes hinsichtlich des Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen an und verweist auf der Berliner Fall, wo ein Jugendlicher aufgrund von Alkoholmissbrauch im Koma liegt. Sie regt an, dies zu thematisieren.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

24. April 2007; 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses

Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Protokoll